/// Politische Bildung in digitalen Zeiten

WISSEN TUT NOT

RUPERT GRÜBL /// Politische Bildung basiert auf dem Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes. Die schnellen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und insbesondere der Technik führen bei vielen zu Unsicherheit und Zukunftsängsten, welche Radikalisierung und Extremismus begünstigen. Die digitale Infrastruktur sorgt darüber hinaus für eine weiter anwachsende Informationsflut, auch von Fake News. Politische Bildung muss daher ihr Augenmerk besonders auf die erkennbaren Gefahren für unser gesellschaftliches Zusammenleben richten. Wir haben mit Rupert Grübl, dem neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, über die Thematik und die Neuausrichtung der Institution dazu gesprochen.

Politische Studien: Digitalisierung und Künstliche Intelligenz werden, wenn die Vorhersagen der Experten zutreffen, unsere Gesellschaft, die Wirtschaft und Arbeitswelt, aber vor allem auch das Lehren und Lernen in erheblichem Ausmaß verändern. Das macht politische Bildungsarbeit nicht unbedingt einfacher. Haben Sie dazu schon Pläne für Ihre Institution? Rupert Grübl: Aus den technischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der letzten Jahre erwachsen auch der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit neue Aufgaben. Zu den bisherigen Arbeitsfeldern wollen wir in Zukunft jeglicher Form von Extremis-

mus und Radikalismus noch stärker entgegentreten und die integrative Erziehung und Bildung weiter fördern. Im Bereich der digitalen Welt ist es wichtig, vor Fake News und sogenannten Alternative Facts zu warnen und ihnen mit objektiver Information zu begegnen. Beim Online-Nutzer-Verhalten soll auf der Grundlage von Wertevermittlung, der wir uns besonders widmen wollen, noch mehr Aufklärung erfolgen. Die Landeszentrale wird ihre Palette elektronischer Angebote künftig deutlich ausbauen und um zielgruppenspezifische Online-Formate, interaktive Webinare und informative Social-Media-Foren erweitern.

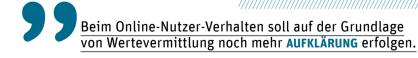


Mit Social Media gegen Fake News und Extremismus: Paula Bodensteiner im Gespräch mit Rupert Grübl, dem neuen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung.

Politische Studien: Politische Bildung ist zweifelsfrei eine wichtige Aufgabe an unseren Schulen. Nur wenn die Jugendlichen politische Zusammenhänge erkennen, ihnen Toleranz-, aber auch Kritikfähigkeit vermittelt werden, können sie gesellschaftliches Verantwortungsgefühl entwickeln. Sie haben viele Jahre als Gymna-

siallehrer für Geschichte und Sozialkunde gearbeitet, Sie kennen die Praxis. Wie stellen Sie sich deshalb Ihre Zusammenarbeit mit den Schulen vor?

Rupert Grübl: Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit wendet sich natürlich bei den ihr übertragenen Aufgaben an alle gesellschaftliche Grup-





In diesem Jahr wird die Landeszentrale bayernweit erstmals einen SCHÜLER-MEDIENTAG organisieren.

pen und alle Generationen. Als Geschichts- und Sozialkundelehrer liegt mir aber selbstverständlich die politische Bildung an den Schulen besonders am Herzen. In Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, z. B. dem Institut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB), möchte ich schulartspezifische Unterrichtsmaterialien, z. T. auch web-gestützt, erarbeiten. In diesem Jahr wird die Landeszentrale bayernweit erstmals auch einen Schüler-Medientag organisieren, um einen Beitrag zur Medienkompetenz der Schüler zu leisten.

Politische Studien: Fake News, also Falschmeldungen, hat es schon immer gegeben. Vorgänge, die nie stattgefunden hatten, wurden schlichtweg erfunden, Tatsachen verdreht, häufig aus politischen, aber auch aus finanziellen Grün-

den. Neu sind aufgrund der heutigen digitalen Möglichkeiten dabei aber Geschwindigkeit und Reichweite. Was wahr oder falsch ist, lässt sich häufig nicht auf den ersten Blick erkennen. Wie wollen und werden Sie in Ihrer Bildungsarbeit darauf reagieren?

Rupert Grübl: Allein die tägliche Menge der in der digitalen Welt veröffentlichten Nachrichten macht es unmöglich, dieses Problem in Gänze in den Griff zu bekommen. Die Landeszentrale wird jedoch künftig im Bereich der Social Media aktiv werden, um z. B. via Facebook oder Twitter auf Fake News reagieren zu können. Wir wollen den Nutzern objektive Information zur Verfügung stellen, damit sie sich eigenständig eine politische Meinung bilden können. Diesem Ziel dient auch ein Youtube-Kanal der Landeszentrale, der sobald wie möglich ins Leben gerufen wird.



Es gilt vielmehr **ZUSAMMENZUARBEITEN**, um zu erkennen, welche Institution in bestimmten Bereichen besondere Stärken hat.

Politische Studien: Es gibt ja zahlreiche Institutionen auf Bundes-und Länderebene in unterschiedlichster Trägerschaft und Organisation wie beispielsweise auch die Hanns-Seidel-Stiftung, die sich die politische Bildung zur Aufgabe gemacht haben. Wie versuchen Sie, die Landeszentrale für politische Bildung in dieser schwer überschaubaren Vielfalt zu positionieren?

Rupert Grübl: In diesen Zeiten darf es nicht darum gehen, dass sich einzelne Institutionen, die sich der politischen Bildung angenommen haben, "positionieren". Es gilt vielmehr zusammenzuarbeiten, um zu erkennen, welche Institution in bestimmten Bereichen besondere Stärken hat. Daher lade ich zu einer Kooperation aller Institutionen, die das Ziel einer ideologiefreien, überparteilichen Bildungsarbeit verfolgen, ein.

Die Fragen stellte Paula Bodensteiner, Referentin für Bildung, Hochschulen, Kultur, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// RUPERT GRÜBL OStD
ist Leiter der Landeszentrale für
politische Bildung (BLZ), München.